№ 268 Freitag, den 17. November 1911

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842. **Bezirks-Anzeiger** 70. Jahrgang.

Amtsblatt für die Königliche Amtshauptmannschaft Flöha, das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Roßberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von C. G. Roßberg in Frankenberg i. Sa.

Erscheint an jedem Wochentag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierteljährlich 1 ℳ 50 ₰, monatlich 50 ₰. Trägerlohn extra. — Einzelnummern laufenden Monats 5 ₰, früherer Monate 10 ₰. **Bestellungen** werden in unserer Geschäftsstelle, von den Boten und Ausgabestellen, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Oesterreichs angenommen. Nach dem Auslande Versand wöchentlich unter Kreuzband.

Ankündigungen sind rechtzeitig aufzugeben, und zwar größere Inserate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabetages. **Für Aufnahme von Anzeigen** an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden. Fernsprecher 51. **Telegramme:** Tageblatt Frankenbergsachsen.

Anzeigenpreis: Die 6-gesp. Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, bei Lokal-Anzeigen 12 ₰; im amtlichen Teil pro Zeile 40 ₰; „Eingesandt" im Redaktionsteile 35 ₰. Für schwierigen und tabellarischen Satz Aufschlag, für Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehendem Tarif. Für Nachweis und Offerten-Annahme werden 25 ₰ Extragebühr berechnet. **Inseraten-Annahme** auch durch alle deutschen Annoncen-Expeditionen.

Donnerstag, den 23. November 1911,
findet **von nachmittags ½3 Uhr an öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses** im hiesigen Verhandlungssaale statt.

Die Tagesordnung hängt an hiesiger Kanzleistelle zur Einsichtnahme aus.

Flöha, am 15. November 1911.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.

Die Ausgabe des „Tageblattes"
kann an Sonntagen nur von ½11 **bis mittags 2 Uhr** erfolgen. An Werktagen schließt die Ausgabe abends 8 Uhr mit Ausnahme vom Sonnabend, **an welchem Tage die Geschäftsstelle bis 9 Uhr geöffnet** bleibt.

Verlag des „Frankenberger Tageblattes".

Jung-Deutschland.

In Berlin ist dieser Tage die Gründung eines Verbandes erfolgt, dessen Wirken von ungeheurer Bedeutung für die Entwicklung unserer Jugend, wie auch für die Wehrkraft Deutschlands werden kann. Es handelt sich um die Bildung des Jung-Deutschlandsbundes, der eine große Reihe von Verbänden umfaßt, die sich der Ausbildung der Jugend besonders nach der körperlichen Seite hin widmen, wobei aber keineswegs die Pflege des Geistes und Gemütes außer Acht gelassen werden soll. In andern Ländern hat man derartige Vereinigungen schon seit langem, sie haben dort viel Nutzen gestiftet und die militärische Ausbildung trefflich vorbereiten helfen. Verschiedentlich bilden diese Organisationen sogar eine Art Anhängsel der Landesverteidigung, ihren Mitgliedern werden beim Heeresdienst gewisse Privilegien gesichert, die Ausbildung ist vorwiegend militärisch und die staatlichen Subventionen sind reichlich bemessen.

In Deutschland bestanden derartige Einrichtungen nur vereinzelt, man sah sie auch in militärischen Kreisen nicht so gern und in der Bevölkerung spöttelte man über die „Soldatenspielerei". Angesichts der Erfolge, die man aber mit derartigen Institutionen anderwärts erzielte, ist auch in Deutschland eine Umkehr erfolgt, und der Initiative des Kaisers ist es zu danken, wenn man sich auch von Staats wegen näher mit der Sache befaßte. Auch hervorragende Militärs, wie Feldmarschall v. d. Goltz, nahmen sich der Angelegenheit an, und den Bemühungen einflußreicher Kreise ist es gelungen, jetzt die erwähnte große Organisation zu begründen. Gewiß wurde auch bisher bei uns in Deutschland mit einer ganzen Reihe von Vereinen und Verbänden die körperliche und seelische Ausbildung der Jugend betrieben, und die Fürsorge für den Nachwuchs Deutschlands war keineswegs vernachlässigt, aber es läßt sich nicht leugnen, daß ein gewisser einheitlicher Zug fehlte.

Der Wert der neuen Organisation kann nicht hoch genug angeschlagen werden, denn sie dürfte mithelfen, auch in sittlicher Beziehung veredelnd zu wirken. Gerade für die Jugend kann nicht genug getan werden, denn auf ihr beruht ja die Zukunft Deutschlands, und so darf man auch hoffen, daß die neue Organisation allenthalben warme Unterstützung findet. Es ist dringend zu wünschen, daß die Eltern ihre Kinder, wie ein von dem Verbande erlassener Aufruf vorschlägt, in die Vereine entsende, welche die körperliche und sittliche Erziehung im vaterländischen Geiste als ernstes Ziel vor Augen haben. Wir brauchen ein starkes Geschlecht für die Zukunft unseres Volkes, nur eine wehrhafte Jugend sichert den Staaten und Nationen eine glückliche Zukunft, das lehrt die Geschichte aller Zeiten bis in die jüngste Stunde. Das Beispiel des Auslandes muß uns eine Lehre sein, und die Früchte einer solchen planmäßigen Erziehung werden für die deutsche Nation nicht ausbleiben.

Der Krieg um Tripolis.

Sämtliche Großmächte haben sich im Interesse ihrer Schiffahrt den italienischen Absichten, den Krieg gegen die Türkei in das Aegäische Meer oder nach Kleinasien zu verlegen, entgegengestellt und die Regierung in Rom nachdrücklich ersucht, den Krieg auf Tripolitanien zu lokalisieren. Infolgedessen ist der bereits geplante Angriff der italienischen Flotte auf Chios und Mytilene unterblieben. Die dort schon gesichteten Kriegsschiffe sind wieder zurückbeordert worden. Besonders energisch sind England und Rußland in Rom vorstellig geworden, da beide in dem Vorgehen Italiens eine Gefahr dafür erblickten, daß die italienischen Absichten zur Aufrollung der ganzen Dardanellenfrage führen könnten. Die sehr ernsthaften englisch-russischen Vorstellungen haben denn auch bewirkt, daß entgegen dem Rat und dem Verlangen des Herzogs der Abruzzen jeder italienische Angriff im Aegäischen Meer vorläufig unterbleibt.

* * *

Die letzten Depeschen besagen:

Rom, 16. November. Die öffentliche Meinung zeigt sich sehr erregt über den Abschluß, den die maritime Aktion Italiens gegen die Türkei erleidet. „Journal Italia" hält der Regierung vor, es wäre besser gewesen, Italien hätte die Räumung der Oase von Tripolis nicht so schnell angekündigt, denn das Werk werde noch lange Zeit in Anspruch nehmen.

Mailand, 16. November. „Secolo" meldet aus Tripolis vom 14. d. M. nachts: Gestern abend 10 Uhr machte der Feind bei strömendem Regen einen Angriff bei Scharaschat, wurde jedoch vom Feuer des Forts „Hamidie" zurückgeworfen. Durch den heftigen Sturm sind viele Schiffsbarken an Land geworfen worden. Ein von der tunesischen Grenze kommender Araber, der verhaftet wurde, erzählte, daß die Türken überall den bewaffneten Widerstand organisiert haben. In jedem Dorfe haben die Eingeborenen Gewehre erhalten. Frauen, Kinder und Greise seien in das Innere des Landes geschickt worden.

Vom Landtag.

Zweite Kammer.

Die Zweite Kammer nahm am Mittwoch das Königliche Dekret Nr. 9, betreffend den Bericht über die Verwaltung und Vermehrung der königlichen Sammlungen für Kunst und Wissenschaft, in allgemeine Vorberatung. Abg. Rentsch (kons.) beantragte, das Dekret wie in früheren Jahren an die Rechenschaftsdeputation zu überweisen. Beklagenswert sei der Rückgang der Besucher in der königl. Gemäldegalerie. Was die Ausleihung von Bildern in die Provinz betreffe, die jetzt in der Regel auf die Dauer von fünf Jahren erfolge, so könnte diese Frist in Zukunft vielleicht auf drei Jahre abgekürzt werden. — Abg. Dr. Seyfert (natl.): Aus dem Berichte sei zu ersehen, daß die Organisation der königl. Sammlungen in großzügiger Weise durchgeführt werden solle. Ein sehr guter Anfang sei bereits gemacht. Bezüglich der Ausleihung von Bildern empfehle es sich vielleicht, anstatt der Hergabe an einzelne Institute usw. kleine Sammlungen in der Provinz zu veranstalten. Die Regierung beabsichtigt, wie aus dem Bericht hervorgeht, eine Denkschrift über den Neubau eines Museumsgebäudes vorzulegen. Falls dieser Neubau die königl. Gemäldegalerie anlange, so empfehle es sich, mehr in die Höhe als in die Breite zu bauen. — Abg. Lange (soz.) begrüßte die Tatsache, daß die Generaldirektion der königl. Sammlungen nunmehr dem Kultusministerium unterstellt sei, mit Freuden. Hoffentlich würden die Kunstfragen jetzt nicht mehr vom rein finanziellen Standpunkte betrachtet. Mit der Abgabe von Bildern an die Provinz müsse man recht vorsichtig sein, damit die Kunstwerke keinen Schaden litten. Zu Einzelfragen müsse sich seine Partei ein spätere Stellungnahme zwar vorbehalten, sei aber im großen und ganzen mit der Entwickelung der Sammlungen zufrieden. — Abg. Hartmann (natl.) sprach sich für größere Anschaffungen für die Porzellansammlung aus. — Abg. Koch (fortschr. Vp.) wünschte insbesondere Berücksichtigung der neueren Zeit bei weiteren Anschaffungen für die Gemäldegalerie. Das Historische Museum könnte durch Funde aus den Kolonien bereichert werden. Die Sammlungen müßten auch an dem späteren Nachmittag und vielleicht auch an den Abendstunden für den Besuch geöffnet sein. Vielleicht könnte man auch die Soldaten durch die Museen führen.

Staatsminister Dr. Beck: Die Besuchsziffer der königlichen Sammlungen sei nicht gefallen, sondern gestiegen. Der scheinbare Rückgang ergebe sich daraus, daß früher bei der mechanischen Zählvorrichtung auch die vielen Ein- und Ausgänge der Aufseher und Dienerschaft mitgezählt worden seien. Mit der Ausleihung von Bildern an die Provinz müsse man sehr vorsichtig sein. Werke ersten Ranges müßten in Dresden bleiben. An Städte und Gemeinden, die keine gleichmäßig temperierten Räume zur Verfügung hätten, dürften besonders ältere Gemälde nicht abgegeben werden. Die Stiftungen für die Sammlungen seien bestimmungsgemäß zur Modernisierung mehrerer Säle verwandt worden. Hoffentlich werde es bald gelingen, die Säle in modernem Gewande zu zeigen. Wegen der Ueberlassung überseeischer Gegenstände für das Historische Museum seien bereits Verhandlungen mit der Reichsregierung erfolgt. Die Generaldirektion wünsche, daß die Museen möglichst zusammen gehalten würden. Deshalb eigne sich der Bauplatz des Herzogin-Gartens besser für ein neues Museum, als das militärfiskalische Gelände in Dresden-Neustadt. Redner legte sodann dar, wie in Zukunft die Museen untergebracht werden sollten. Auf dem Areal des Herzogin-Gartens solle ein Neubau für eine moderne Gemäldegalerie und ein weiterer Neubau für das zoologisch-ethnographische und das mineralogisch-prähistorische Museum entstehen. Außerdem werde schon in den nächsten Tagen Oberbürgermeister Beutler mit dem Plane der Gründung eines Museumsvereins an die Oeffentlichkeit treten, der sich die Aufgabe stelle, nicht nur die Sammlungen auf der jetzigen Höhe zu erhalten, sondern auch die Schaffung eines modernen Gemälde-Museums zu fördern. Schließlich sprach der Minister die Hoffnung aus, daß sich in Zukunft die besitzenden Kreise mehr als bisher an der Förderung und Unterstützung der Sammlungen beteiligen möchten. — Abg. Opitz (kons.) gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß in Zukunft die Sammlungen nicht mehr dem Finanz-, sondern dem Kultusministerium unterständen, womit indessen kein Tadel für den bisherigen Verwalter der Museen, Staatsminister Dr. v. Rüger, ausgesprochen sein solle. Im Gegenteil habe dieser seine große Fähigkeit auf dem Gebiete der Kunst in glänzender Weise betätigt. — Abg. Posern (natl.): Es sei endlich Zeit, daß die Stadt Dresden auch etwas für die königl. Sammlungen tue, von denen sie so viel Vorteil habe. — Abg. Dr. Kaiser (natl.) trat dieser Behauptung entgegen. Schließlich wurde das Dekret antragsgemäß an die Rechenschaftsdeputation überwiesen.

Dresden. Dem Landtag ist ein Dekret über den Anschluß der Fürstentümer Reuß an das sächsische Oberverwaltungsgericht zugegangen.

Vom Reichstag.

206. Sitzung vom 15. November.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Schiffahrtsabgabengesetzes.

Abg. Gerstenberger (Zentr.) erstattet Bericht über die Kommissionsverhandlungen. — Abg. Zehnter (Zentr.): Der Entwurf ist bereits in der Kommission so verändert worden, daß er uns dadurch schon wesentlich annehmbarer geworden ist.

Inzwischen sind einige Anträge zu den späteren Paragraphen des Gesetzentwurfs eingegangen, u. a. verlangt ein von Mitgliedern aller bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Deutschkonservativen, unterstützter Antrag Bassermann die Wiedereinführung der von der Kommission in erster Lesung beschlossenen, in zweiter wieder gestrichenen Mosel- und Saarkanalisation. Die Sozialdemokraten haben diese Forderung mit anderen Regulierungswünschen in einem besonderen Antrag gebracht.

Abg. Kreth (kons.): Wir sind bereit, die Vorlage in der Kommissionsfassung anzunehmen, nur unsere sächsischen Mitglieder sind dagegen, weil sie fürchten, daß die Interessen ihrer sächsischen Heimat dadurch geschädigt werden. Wir werden alle Abänderungsanträge ablehnen, weil das Schiff dieser Vorlage schon genügend belastet ist. Die widerstrebenden Bundesstaaten gewann Preußen mit Zucker oder Peitsche. Und dann rühmt man die einstimmige Annahme der Vorlage im Bundesrat. Wie kann das Zentrum seine jetzige Haltung mit der früheren vereinbaren? Und auch Herr Haußmann ist aus einem Paulus ein Saulus geworden. (Heiterkeit.) Der Widerstand Oesterreichs und Hollands bleibt fest.

Von den inzwischen weiter eingelaufenen Anträgen fordert ein Antrag Dr. Doblem (Zentr.) die Lahnkanalisierung von Gießen bis zum Rhein. Eine Resolution der Reichspartei ersucht um möglichste Rücksichtnahme auf die Interessen der Fischerei bei den Stromarbeiten. Ein Antrag Hausmann (Hannover, natl.) will für den Weserverband den Beginn der Abgabenerhebung davon abhängig machen, daß die vorgesehene Erhöhung des Mittelkleinwassers mindestens zur Hälfte erreicht ist.

Preußischer Minister v. Breitenbach: Der Gedanke, die bedeutenden Aufwendungen des Staates durch Gebühren aufzubringen, bestand schon seit langer Zeit. Agrarische Gelüste und fiskalische Interessen haben damit gar nichts zu tun. Nach dem gegenwärtigen Zustande können bei der Kanalisation einer Wasserstraße Abgaben erhoben werden, bei der Regulierung eines natürlichen Wasserlaufes, die oft dieselben Kosten erfordert, aber nicht. Die Regierung hat nicht gedroht, daß sie internationale Verträge ohne dieses Gesetz nicht mehr halten wolle. Ein solcher Vertrag besteht nur hinsichtlich der Elbe, er ist längst erfüllt. Bezüglich des Rheins bestehen keine Verträge, aber die Regierung hat sich den Ausbau des Rheins seit langem eifrig angelegen sein lassen. Das Gesetz wird für einen großen Teil Deutschlands nur wirtschaftliche Vorteile bringen, darum empfehlen wir es zur Annahme in der Kommissionsfassung. (Beifall.)

Abg. Hausmann, Hannover (natl.): Ich und der größere Teil meiner politischen Freunde werden dem Gesetz, wie es aus der Kommission hervorgegangen ist, zustimmen, falls es nicht noch belastet wird. Redner empfiehlt sodann seinen Antrag in bezug auf die Weserinteressen. Die ganze Sache ist ein Rechenexempel. Die Interessenten der Weser halten das Gesetz für vorteilhaft.

Abg. Gothein (Vp.): Will man wirklich diesen sterbenden Reichstag noch mit einer so wichtigen Verfassungsänderung betrauen? Die konservative Partei konnte nicht einmal ihre sächsischen Mitglieder für die Vorlage gewinnen. Auch die Regierungen Sachsens und Badens sind dagegen. Sind das die moralischen Eroberungen Preußens? Redner gibt sodann eine stundenlange Blütenlese früherer Aeußerungen von Ministern, Parlamentariern und Rechtsgelehrten über die Schiffahrtsabgaben und die Auslegung des Artikels 54 der Reichsverfassung. Ein Teil meiner Fraktion wird die Vorlage nicht ablehnen, weil sie besorgt, daß dann die Entwicklung und Verbesserung der Binnenschiffahrtsstraßen aufgehalten wird.

Abg. Frhr. v. Gamp (Reichsp.) polemisiert gegen Gothein. Die Reichspartei wird für die Vorlage eintreten, aber sie lehnt wenigstens einen großen Teil der Vorlage ab, wenn die Moselkanalisation hineinkommt.

Abg. Hanisch (Wtrtsch. Vg.): Ich selbst stimme gegen die Vorlage, während ein Teil meiner politischen Freunde dafür stimmen wird.

Württembergischer Staatsminister Dr. v. Pischek: Die Zustimmung Württembergs zu dem Entwurf ist in der Tat möglich geworden durch Vorteile, die uns geboten worden sind.

Abg. Strombeck (Ztr.) beantragt Streichung der sechs Monate dauernden Frist zwischen Verkündung und Erhebung der Abgaben.

Ministerialdirektor Peters wendet sich gegen den Abg. Gothein und den Antrag Oeser. Er bittet, den alten Streit zu begraben und in die Zukunft zu blicken.

Weiterberatung Donnerstag mittag 1 Uhr.

Oertliches und Sächsisches.

Frankenberg, 16. November 1911.

Sternschnuppenfälle.

Im November können wir zumeist stärkere Sternschnuppenfälle beobachten. Um die Mitte des Monats herum pflegen die sogenannten „Leoniden" aufzutreten, während wir um den 23. November die „Bieliden" beobachten können. Die Sternschnuppenfälle der Leoniden stammen von dem Kometen